

Finanzlöcher aus Schläuchen

Soziale Einrichtungen protestieren gegen Gewerbesteuerabschaffung

Im Gewerbehof am Ostbahnhof klaffen große schwarze Löcher, in denen vieles von dem versinkt, was München lebenswert macht: Ob Betreuungsangebote für Kinder und alte Menschen oder Qualifizierungsprojekte für Langzeitarbeitslose – ohne freiwillige Zuschüsse der Stadt müssten viele soziale Einrichtungen zusperrten. Der Dynamo Fahrradservice zum Beispiel, der im Gewerbehof insgesamt 22 ehemals Arbeitslose zu Fahrradmechanikern, Lagerverwaltern und Bürokräften qualifiziert, wäre „platt“, wenn der städtische Zuschuss in Höhe von 250 000 Euro wegfielen, wie Geschäftsführerin Karin Lohr sagt.

Um darauf aufmerksam zu machen, was passiert, wenn die Gewerbesteuer als Einnahmequelle für die Kommunen abgeschafft wird, starteten die Dynamo-Mitarbeiter eine Aktion mit der Münchner Künstlerin Naomi Lawrence. Aus Fahrradschläuchen und Teichfolie wollten sie 35 „Finanzlöcher“ schaffen, „für jede fehlende Milliarde eines“, sagt Lohr. Am Ende waren es dann sogar 42, „da sind auch noch ein paar künftige Löcher mit dabei“, so die Geschäftsführerin zu der Installation rund um den Laden. Versinkende Objekte steckten die Mitarbeiter auf Speichen in die Löcher. „Wir können zwar einen hohen Anteil der Kosten durch Erlöse erwirtschaften, aber ohne den städtischen Zuschuss gäbe es unser Projekt nicht“, so Lohr. „Deshalb liegt es in unserem Interesse, dass die Stadt Gewerbesteuer erhält.“

Wie Dynamo informierten am gestrigen Dienstag viele soziale Einrichtungen ihre Kunden mit Plakaten, Postkarten und in Gesprächen darüber, warum sie gegen die Abschaffung der Gewerbesteuer sind. Die 56 Organisationen im Bündnis „München sozial – Wir halten die Stadt zusammen“ und die Gewerkschaft Verdi hatten zu einem Aktionstag unter dem Motto „Rettet die Kommunen“ aufgerufen. „Unser Ziel ist, die Bürger darüber aufzuklären, was es bedeuten würde, wenn die Gewerbesteuer abgeschafft wird“, erklärte Verdi-Geschäftsführer Heinrich Birner. Denn die Bundesregierung lässt prüfen, ob auf die Gewerbesteuer verzichtet werden kann. Für die Stadt aber sei die Steuer mit erhofften Einnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro in diesem Jahr die wichtigste Einnahmequelle. Rund 200 Millionen Euro betragen die Zuschüsse an die Träger der sozialen Arbeit. „Ohne die Arbeit der tausenden von Beschäftigten in den sozialen Einrichtungen wäre München nicht so eine lebens- und liebenswerte Stadt“, betont Birner. „Stattdessen gäbe es mehr soziales Elend, Gewalt und Kleinkriminalität.“ Würde die Gewerbesteuer durch eine höhere Mehrwertsteuer ersetzt, führt dies laut Verdi zu vier bis fünf Prozent höheren Preisen. Bei einem Lohnsteueraufschlag müsste zum Ausgleich jeder Münchner Arbeitnehmer rund 2000 Euro mehr pro Jahr abführen. *Sven Loerzer*